

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Klimaschutz und Energie (25. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Rainer Kraft, Karsten Hilse, Marc Bernhard,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/6915 –**

### **Moratorium der Klimaschutzpolitik und des Übereinkommens von Paris**

#### **A. Problem**

Aufforderung an die Bundesregierung, ab sofort keine weiteren Maßnahmen umzusetzen, die im Zusammenhang mit dem Gesetz zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 stehen sowie unverzüglich ein Moratorium für das Gesetz zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 und alle daraus abgeleiteten Gesetze zu erlassen, wobei ein solches Moratorium für alle Bundesministerien sowie für deren nachgeordnete Behörden gelten soll.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/6915 abzulehnen.

Berlin, den 11. Oktober 2023

**Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie**

**Klaus Ernst**  
Vorsitzender

**Olaf in der Beek**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Olaf in der Beek

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/6915** wurde in der 106. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Mai 2023 an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion führt unter anderem aus, eine globale Lösung für Umwelt- und „Klimaschutz“ sowie zur CO<sub>2</sub>-Einsparung durch das Übereinkommen von Paris sei sowohl bei den Industrie- als auch bei den Schwellenländern gescheitert. Durch den Effekt der Carbon Leakage schade das Übereinkommen von Paris dem Ziel der reduzierten CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die derzeit eingesetzten klimapolitischen Instrumente der Bundesrepublik Deutschland führten zusammen mit den gestiegenen Energiepreisen zu einer Verlagerung der Produktion in Ländern mit weniger strikten oder gar keinen wirksamen Umwelt- bzw. Klimaauflagen.

Aus diesen und weiteren Gründen fordert die antragstellende Fraktion der AfD die Bundesregierung auf:

- ab sofort keine weiteren Maßnahmen umzusetzen, die in Zusammenhang mit dem Gesetz zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 stehen;
- unverzüglich ein Moratorium für das Gesetz zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 und alle daraus abgeleiteten Gesetze zu erlassen, wobei ein solches Moratorium für alle Bundesministerien sowie für deren nachgeordnete Behörden gelten soll;
- dieses Moratorium insbesondere auf Regelungen, Verordnungen und Vorschriften anzuwenden, die sich auf das Gesetz zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 beziehen bzw. dessen Umsetzung dienen;
- das Moratorium erst dann aufzuheben, sobald die Schwellen- und Entwicklungsländer eine CO<sub>2</sub>-Einsparquote von 22,4 Prozent (deutscher Einsparwert von 2015, d. h. zur Zeit des Pariser Übereinkommens) gegenüber ihrem CO<sub>2</sub>-Höchstemissionswert vorweisen können.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6915 in seiner 45. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6915 in seiner 55. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6915 in seiner 52. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 20/6915 in seiner 42. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/6915 in seiner 47. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 20/6915 in seiner 41. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag auf Drucksache 20/6915 in seiner 80. Sitzung am 11. Oktober 2023 im Rahmen einer verbundenen Debatte mit mehreren Vorlagen zum Thema Klimaschutz abschließend beraten.

Die antragstellende **Fraktion der AfD** forderte den Ausstieg aus der Klimapolitik und dass keine weiteren Verträge über Klimaschutzmaßnahmen abgeschlossen werden sollten. Die Pariser Klimaschutzübereinkunft sei eine reine Willensbekundung ohne Restriktionen. Entwicklungsländer, wie China oder Indien, müssten danach kein CO<sub>2</sub> einsparen. Die Fraktion kritisierte weiterhin, dass die konkrete Ausgangstemperatur nicht klar definiert worden sei, von der aus die 1,5 Grad nicht überschritten werden sollten. Es mangle daher an einer konkreten Bezugsgröße, die eine Überprüfung der Zielerreichung unmöglich mache.

Die **Fraktion der SPD** erwiderte, es sei im IPCC-Bericht nachzulesen, dass sich der Ausgangswert auf die vorindustrielle Zeit beziehe. Sie kritisierte, die Fraktion der AfD versuche, das Rad zur Atomkraft zurückzudrehen und auf Kohlekraft zu setzen. Es sei aber nicht günstiger, mit fossilen Energien zu arbeiten, da die Ewigkeitskosten zu berücksichtigen seien, beispielsweise für die Beseitigung von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre oder die Endlagerung von Atommüll. Ferner führte die Fraktion aus, der Antrag diskriminiere sogenannte Entwicklungsländer. Die meisten dieser Länder emittierten kein CO<sub>2</sub> in nennenswertem Umfang. Chinas CO<sub>2</sub>-Emissionen entstünden zum großen Teil für den Export nach Europa.

Die **Fraktion der FDP** widersprach ebenfalls der Darstellung, dass es keine definierte Ausgangstemperatur aus der vorindustriellen Zeit gebe.

Die **Fraktion DIE LINKE**. merkte an, man müsse sich nur die Durchschnittstemperaturen in Zeiträumen von jeweils 30 Jahren anschauen, um zu sehen, dass die Temperaturen stiegen. Eine konkrete absolute Ausgangstemperatur aus der vorindustriellen Zeit sei dafür nicht erforderlich.

Die übrigen Fraktionen verzichteten im Rahmen der verbundenen Debatte zum Thema Klimaschutz auf gesonderte Ausführungen zu diesem Antrag.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/6915 zu empfehlen.

Berlin, den 11. Oktober 2023

**Olaf in der Beek**  
Berichtersteller